

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Gesamtdruck: 20000
Nr. für Adressänderung: Nr. 20011
Schreibweise: a. Druckerschrift
Dresden - K. J., Marienstraße 24/25

Abdruckrecht vom 1. Juli 1928 bei gleichzeitiger Zustimmung bei 1,50 RM.
Anzeigenpreis für Monat Juli 1,40 RM., einwöch. 20 Wg., halbjährlich (ohne Postgebühren) 10 Wg., ansonsten 15 Wg., Einzelanträge: Die Anzeigen werden nach
Wochensatz berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 20 Wg., für anderwärts 40 Wg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 20 mm breite Werbeanzeige
200 Wg., ansonsten 250 Wg., Effektanzeigen 20 Wg., Kautionsfreie Kautions gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Mey & Neumann,
Dresden, Friedrichstr. 1066 Dresden
Kaufhaus nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Markt.)
Schreibweise: a. Druckerschrift
Dresden - K. J., Marienstraße 24/25

Brünnings letzter Versuch gescheitert Parlamentarische Verabschiedung der neuen Steuergesetze aussichtslos geworden

Taktische Möglichkeiten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der Dienstag wird für den Reichstag den Auftakt weitgehender Entscheidungen bilden. Diesmal scheint es wirklich hart auf hart gehen zu sollen. Die Parteien sind durchweg gerüstet, und da es bei den Abstimmungen auf jede Stimme ankommt, ist jeder erfahrene Parlamentarier telegraphisch nach Berlin beordert worden. Trotzdem werden selbst von den Regierungsparteien schätzungsweise 30 Abgeordnete fehlen, zum Teil wegen Krankheit, zum Teil weil sie sachlich mit den Regierungsvorschlägen nicht übereinstimmen. Die morgige erste Lesung der als Initiativanträge wieder eingebrachten Deckungsvorlagen wird mit einer Erklärung des Reichskanzlers eingeleitet werden. Die Regierungsparteien haben sich inzwischen, wie schon gemeldet, wieder auf die ursprünglichen drei Reichstags-Vorschläge zusätzlich einer modifizierten Bürgerabgabe geeinigt, die der Steueraussschuß abgelehnt hatte. Als das Zerwürfniß an der Deckungsvorlage Ende letzter Woche durch den Steueraussschuß vollendet worden war, hatte der Reichsfinanzminister bekanntlich namens der Regierung erklärt, daß es nun mit deren Geduld zu Ende sei, daß sie an ihren ursprünglichen Vorschlägen festhalte, auf weitere Beratung im Ausschuss verzichte und die Vorlage dem Plenum zur Entscheidung vorlegen werde.

Durch dieses Druckmittel ist es gelungen, die widerstrebenden Regierungsparteien in eine Front zu bringen. Die betreffenden Fraktionen haben dies heute, wenn auch mit einigem „Wenn und Aber“, bekräftigt, und sie haben ihren Namen unter die entsprechenden Initiativanträge gesetzt, mit denen die ursprüngliche Vorlage wieder eingebracht werden muß. So kommt alles darauf an, ob die Regierung eine Mehrheit bekommt oder nicht. Am längeren Hebel sitzen diesmal die Deutschnationalen, denn die Regierung ist darauf angewiesen, daß mindestens ein großer Bruchteil der deutschnationalen Reichstagsfraktion für sie stimmt. Ursprünglich hatte man sich in den Regierungskreisen auf Grund früherer Erfahrungen der Hoffnung hingeeben, daß auch am morgigen Tage wieder mit einem Auseinanderfallen der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu rechnen sein würde. Diese Hoffnung mußte das Kabinett indessen im Laufe des Montag begraben.

Die deutschnationale Fraktion hat in sehr prägnanter Form erklärt, daß sie die Deckungsvorlagen ablehnen wird.

Bei dieser einseitigen Stellungnahme haben verschiedene Umstände mitgewirkt, die insbesondere den Bestärkungspunkt dazu veranlassen, jeden Gedanken eines Verständnisses mit dem Kabinett aufzugeben. Es ist also nicht mehr damit zu rechnen, daß der Regierung von dieser Seite eine Hilfestellung zuteil wird. Auch die Hoffnung gewisser Linkskräfte, die Opposition auf der Linken würde zu Konzessionen bereit sein, hat sich nicht erfüllt.

Die Sozialdemokratie wird ebenso wie die Deutschnationalen die Deckungsvorlage ablehnen und hat sogar Fraktionszwang beschlossen.

Es mußte also auch die Hoffnung aufgegeben werden, daß durch das Fernbleiben einer Anzahl von sozialdemokratischen Abgeordneten ein positives Abstimmungsergebnis würde erzielt werden können. Biewohl man nicht tut, in der parlamentarischen Politik zu prophezeien, kann doch als sicher angenommen werden, daß es vom Dienstag an im Reichstag nicht mehr mit den üblichen parlamentarischen Mitteln abgehen wird. Theoretisch bestehen für den Fall einer Niederlage der Regierung drei Möglichkeiten: Rücktritt der Regierung, Vertagung des Reichstages unter Anwendung des Artikels 48, und schließlich Anwendung des Artikels 48 bei gleichzeitiger Reichstagsauflösung. Eine vierte Möglichkeit ist gelegentlich erörtert worden, doch scheint für sie kaum Platz zu sein. Es wäre dies die Annahme eines Mißtrauensvotums gegen die Reichsregierung. Von den oben bezeichneten drei Möglichkeiten darf man eine wohl zunächst beiseite lassen, nämlich die eines Rücktritts des Kabinetts.

Das Reichskabinett ist im Zeichen Hindenburgs ins Leben getreten, und es ist nicht anzunehmen, daß dieses Mandat zurückgegeben werden könnte, ohne daß alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten erschöpft sind.

Ein Reichskanzler mit einem Kabinett, dem schon in der Geburtsstunde der Diktaturparagraph mit seinen ziemlich weitgehenden Möglichkeiten vom Reichspräsidenten in die Wiege gelegt wurde, kann nicht abtreten wie eine Regierung Müller, denn es handelt sich hierbei doch schließlich um ein Kabinett, das nicht nur vor sich selbst, sondern auch vor dem greisen Reichspräsidenten verpflichtet ist, zu kämpfen und keine verfassungsmäßige Möglichkeit ungenutzt zu lassen.

Wenn nun am Dienstag der Kanzler vor dem Reichstag die Erklärung abgegeben hat, in der er die Annahme der Deckungsvorlage verlangt, beginnt die Debatte, die sich unter Umständen noch bis in den Mittwoch hineinziehen kann und in deren Verlauf die Beauftragten der Parteien sprechen, um die Haltung ihrer Fraktion festzulegen. Vielleicht wird dann eine Abstimmung überhaupt nicht abgewartet, und die Regierung ergreift die beschlossenen Maßnahmen, ehe sich eine Reichstagsmehrheit offiziell gegen ihre Vorlage entscheidet. Vielleicht aber wird auch die Abstimmung vorgenommen. Geht sie negativ aus, so wäre es verfassungsrechtlich für das Kabinett umso schwieriger, ohne sofortige Reichstagsauflösung einen verfassungsmäßigen Beginn des Regierens mit dem Artikel 48 zu ermblicken. Hier darf auch

ein am Montag im Reichstag eingebrachter Antrag der Wirtschaftspartei ein, durch den verhindert werden soll, daß der Artikel 48 ohne Reichstagsauflösung Anwendung findet und in dem die Reichsregierung ersucht wird,

den Reichspräsidenten zu bitten, daß im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage und der Vorlage über die Revision des Erwerbssteuern und Krankenwessens und der Ausgabensenkungsbestimmungen der Reichstag aufgelöst wird.

Wahrscheinlich wird die Regierung für den Fall, daß aus den Erklärungen der Parteien die Aussicht auf eine Niederlage unmittelbar hervorgehen sollte, eine Weiterberatung der Deckungsvorlage für überflüssig erklären. Für diesen Fall ist es nicht ausgeschlossen, daß von den Regierungsparteien ein Antrag auf Vertagung des Reichstags eingebracht wird. Einem solchen Antrag würden auch, wie es heißt, die Deutschnationalen zustimmen.

Während der Reichstag vertagt ist, würde dann die Deckungsvorlage auf dem Notverordnungsweg erlassen werden.

In diesem Falle würde allerdings alsbald mit einem sozialdemokratischen Gegenstoß zu rechnen sein, indem sich ein Drittel der Abgeordneten für sofortigen Wiederausammentritt des Reichstags erklärt und, sobald dies geschehen ist, einen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung einbringt. Wird dieser Antrag mit einfacher Stimmenmehrheit abgelehnt, dann könnte man es sehr wohl erleben, daß eine Auflösung vermieden wird, der Reichstag in den Ferien bleibt und die Notverordnung in Kraft steht. Eine schwierige Frage wäre es dann allerdings, wie es mit dem Etat gehandhabt werden soll, da ein Etat nicht ohne weiteres auf dem Notverordnungsweg dekretiert werden kann, solange die gesetzgebende Körperschaft vorhanden ist.

Abgesehen von diesen Möglichkeiten ist nun noch eine Kombination recht interessant. Es heißt nämlich, daß man — also Regierung und Regierungsparteien — plane, die Initiativanträge in der üblichen parlamentarischen Weise behandeln zu lassen, sie also nach der ersten Lesung im Plenum dem Steueraussschuß zu überweisen,

so daß es zu einer entscheidenden Abstimmung im Plenum selbst gar nicht käme. Das würde bedeuten, daß sich der Steueraussschuß mit den drei Reichstags-Vorschlägen, die er geprüft und abgelehnt hat, noch einmal zu beschäftigen hätte.

Die Regierung wolle auf diese Weise, heißt es, die Entscheidung nicht im Plenum, sondern im Steueraussschuß herbeiführen. Sie würde, erfahren die Anträge im Steueraussschuß wieder Ablehnung, dann die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Anschließend will man auf diese Weise noch eine kurze Frist gewinnen, um zu sehen, ob sich bei den Deutschnationalen nicht vielleicht doch noch eine Sinnesänderung vollzieht, eine Annahme, die aber wenig wahrscheinlich ist.

Was es kommen wie es will, in jedem Falle wird der Dienstag der Auftakt zu außerordentlichen parlamentarischen und innerpolitischen Entscheidungen sein, da die Regierung angesichts des starken Prestigeverlustes, den sie insbesondere in den letzten Tagen und Wochen zu verzeichnen gehabt hat, die Sache wohl kaum noch auf die lange Bank zu schieben vermag und längere parlamentarische Verhandlungen führen kann. Sie hat überdies ausdrücklich ihren Willen kund getan, daß mit den Parteien nicht mehr verhandelt werden würde. Daraus mag es auch zurückzuführen sein, daß der Reichskanzler sich nicht bewegen gefühlt hat, an die führenden deutschnationalen Persönlichkeiten heranzutreten. Das ist das beste Zeichen dafür, daß die Regierung das Spiel, insofern es sich auf die Deutschnationalen erstreckt, zunächst wenigstens verloren gibt.

Spätschiffung des Reichskabinetts

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Juli. Das Reichskabinett trat am Montagabend zu einer Kabinettsitzung zusammen, die bis gegen Mitternacht andauerte. Die Minister besprachen ihr taktisches Vorgehen für die nächste Zeit. Aus beargwöhnlichen Gründen wurde der Presse gegenüber strenge Vertraulichkeit gewahrt.

Drei weitere Todesopfer in Hausdorf geborgen

Hausdorf, 14. Juli. Den Bergungsarbeiten im Kurtschacht stellen sich jetzt durch neue Schwierigkeiten entgegen, daß durch den Kohlenstaubberg seit mehreren Stunden unaufrichtig Wasser dringt. Unter diesen Umständen sind die Arbeiten mit größter Gefahr für jeden Teilnehmer der Bergungsaktion verbunden. In den letzten 48 Stunden gelang es nur, noch drei Tote zu bergen. Einen hofft man im Laufe des Abends freilegen zu können, während vier noch gerettet wurden. Es steht aber nicht fest, ob es möglich sein wird, sie noch in der kommenden Nacht herauszuholen. Die Zahl der noch nicht Geborgenen wird mit 44 angegeben.

Wirbelsturm über Korea. In Korea wütete ein heftiger Wirbelsturm. 70 Personen sind umgekommen, während 25 noch vermisst werden. Mehrere tausend Familien sind obdachlos geworden.

Wer wird Ministerpräsident?

Die Bürgerlichen für Dr. Krug von Nidda

Am Montagnachmittag fand wieder eine Sitzung der Parteien statt, die sich für eine nichtmarxistische Regierung in Sachsen einsetzen. Bertraten waren wieder die Deutschnationalen, das Landvolk, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten, die Volkspartei und die Christlichsozialen. Die Sitzung war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Nach nur einhalbstündiger Beratung konnte als Ergebnis festgestellt werden, daß sich alle Parteien damit einverstanden erklärten, den Deutschnationalen das Ministerpräsidentium einzuräumen und dafür den einstmaligen Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda und von Falkenstein vorzuschlagen. Von volksparteilicher Seite wurde lediglich darauf hingewiesen, daß über diese Frage erst in der Fraktion gesprochen werden müsse, es könne aber schon jetzt gesagt werden, daß kein Einspruch zu erwarten sei. Ueber die Befragung der anderen Ministerien ist überhaupt nicht verhandelt worden, weil der Ausschuss auf dem Standpunkt stand, daß die Befragung der anderen Ministerien Aufgabe des Ministerpräsidenten sein müsse. Einigkeit besteht weiter darüber, daß man aus Sparsamkeitsgründen mit der gemeinsamen Verwaltung mehrerer Ministerien durch einen Minister einverstanden ist. Die an der Befragung beteiligten Parteien werden nun bei der heute angelegten Wahl des Ministerpräsidenten gemeinsam für Dr. Krug von Nidda und von Falkenstein stimmen.

Mit der heutigen Landtagsitzung beginnt wieder einmal das in Sachsen ebenso wohlbekannt wie unbeliebte Gedulds- spiel der Regierungsbildung. Wenn man auch das Jahr zurückblickt, das die Lebensdauer des letzten Landtages ausgemacht hat, so findet man, daß fast so viel Zeit darauf verwendet wurde, eine Regierung zu bilden, als wirklich zu regieren. Und jetzt, im neuen Landtag, sind die Aussichten wenn möglich noch trostloser. Was die sächsischen Parteien selbst davon halten, das sieht man am besten daraus, daß sie die heutige Tagesordnung in seltener Einmütigkeit mit einem umfangreichen Programm bepackt haben in der sicheren Voraussetzung, daß der erste Punkt, die Wahl des Ministerpräsidenten, doch ein Fehlstart sein wird, und in der richtigen Ueberlegung, daß es besser ist, sich mit dem überaus dringlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu beschäftigen, als das Zustandekommen einer aktionsfähigen Regierung abzuwarten.

Die bisher geleistete Vorarbeit bestand in dem Versuch, den in der Wahl zum Ausdruck gebrachten Volkswillen zu deuten. Hier beginnen schon die Schwierigkeiten; denn eine greifbare Entscheidung ist wieder nicht erfolgt. Die Grenzlinie zwischen der Rechten und der Linken ist nicht verrückt. Nachdem aber die beiden marxistischen Parteien die Landtagsauflösung betrieben hatten mit dem ausgesprochenen Wahlziel, ihre Minderheit in Sachsen wieder in eine Mehrheit zu verwandeln, besagt das Ergebnis wenigstens so viel, daß die Mehrheit des Volkes von einer roten Regierung nichts wissen will. Das andere Kennzeichen der Wahl ist eine starke Vertrauensstärkung für die junge Partei des Nationalsozialismus, deren 14 Abgeordnete zusammen mit allen bürgerlichen Parteien und Gruppen eine selbstbegründete Regierungsgemeinschaft bilden könnten. Diese Wendung ist in der Tat der einzig erkennbare Sinn des Wahlausfalles: die Nationalsozialisten sollen zeigen, was sie in praktischer Arbeit leisten können, und die zu ihren Gunsten geschwächten Teile des Bürgertums sollen sehen, was sich mit ihnen machen läßt.

Mit diesem Ziel einer marxistfreien Regierung im Auge haben zunächst die Deutschnationalen die Initiative ergriffen und ihre Bemühungen trotz mancher Ablagen hartnäckig fortgesetzt. Ein gewisser Fortschritt ist in den bisherigen Besprechungen auch nicht zu verkennen. Zunächst galt es, die Nationalsozialisten selbst für diese Idee zu gewinnen. Durch die Scheidung der Weitzer im nationalsozialistischen Lager und die Ausschaltung des koalitionsfeindlichen Flügels um Otto Straßer ist dieses erste Ziel erreicht worden. Und das von Hitler nunmehr ausgearbeitete

Heute: Literarische Umschau

Seite 17